



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	5
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	6
4.	Türkische Zyprioten	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Beziehungen mit der Türkei	8
	Innenpolitische Entwicklungen	8
	Außenpolitik	10
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	10
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters finden Sie das Anmeldeformular
hier www.fescyprus.org/de/newsletter/

1. Das Zypernproblem

Der Januar war geprägt von einem Streit zwischen der türkisch-zypriotischen und der griechisch-zypriotischen Seite hinsichtlich des Lösungsmodells für das Zypernproblem. Die Auseinandersetzung ereignete sich wenige Tage vor dem Eintreffen der UN-Sonderbeauftragten Jane Hall Lute auf der Insel. Lute wird Anfang Februar erwartet.

Der türkische Außenminister, Mevlut Cavusoglu, traf sich am 25. Januar bei seinem Besuch der TRNZ¹ mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenführer Mustafa Akinci und den Vorsitzenden der türkisch-zypriotischen Parteien. Cavusoglu betonte, sein Besuch habe zum Ziel, die Vorgehensweise der Türkei und der TRNZ bezüglich des Zypernproblems zu koordinieren. Er wiederholte die Position der Türkei, dass die Verhandlungen nicht unendlich dauern dürften und betonte den Widerstand der Türkei gegen das Gas-Explorationsprogramm der griechisch-zypriotischen Seite. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz unterstrichen Akinci und Cavusoglu, dass der griechisch-zypriotische

Volksgruppenführer, Nicos Anastasiades, bei mehreren Gelegenheiten auf eine Zwei-Staaten-Lösung verwiesen habe. Akinci erinnerte an ein bestimmtes Treffen zwischen Anastasiades und Cavusoglu in Crans Montana, wo Anastasiades betont habe, dass die griechisch-zypriotische Volksgruppe nicht bereit sei, die Macht mit den türkischen Zyprioten zu teilen und dass eine Zwei-Staaten-Lösung auf die Agenda gesetzt werden müsse. Der türkisch-zypriotische Präsident forderte Anastasiades auf, seine angeblichen Aussagen bei einem informellen Treffen klarzustellen. Akinci und der türkisch-zypriotische Außenminister, Kudret Özersay, waren in einer öffentlichen Auseinandersetzung zur Frage, welchen Lösungsvorschlag man verfolgen sollte, aneinandergeraten. Daraufhin war Cavusoglu in die TRNZ gereist. Viele Beobachter allerdings sehen den Zweck des Besuches Cavusoglus allein darin, Akinci dafür zu maßregeln, dass er an einer bi-zonalen, bi-kommunalen Föderation festhält und sich im Gegensatz zu Ankara und vielen türkisch-zypriotischen Parteien weigert, andere Lösungsmodelle zu diskutieren.

Als Antwort auf die Stellungnahme Akincis und Cavusoglus sagte Anastasiades, dass Akinci da etwas missverstehe, und forderte die türkische Seite auf, ihre Position zu einer Lösung des Zypernproblems klar darzulegen.

Die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Jane Hall Lute, wird Anfang Februar auf Zypern erwartet. Sie soll bei der Ausarbeitung des Referenzrahmens zur Wiederaufnahme der Verhandlungen helfen.

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Republik Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci den amtierenden Präsidenten der TRNZ darstellt, sieht ihn die internationale Gemeinschaft als Volksgruppenführer der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern international für die gesamte Insel anerkannt ist, gilt letztere als Mitglied der Europäischen Union. Trotzdem ist der gemeinschaftliche Besitzstand der EU im Norden der Insel ausgesetzt, bis eine politische Lösung für das Zypern-Problem gefunden wurde (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrags).

Lute wird Anastasiades und Akinci zu Einzelgesprächen treffen.

Am 30. Januar verlängerte der UN-Sicherheitsrat einstimmig das Mandat der UNFICYP um weitere sechs Monate bis zum 31. Juli 2019. In Zusammenhang mit der Mandatsverlängerung der UN-Friedenstruppe in Zypern warnte die US-Regierung, dass UNFICYP nicht Teil einer politischen Landschaft sein könne, in der der Weg in Richtung einer politischen Lösung fehle. Dieser Warnhinweis ist nicht der erste, der darauf hindeutet, dass die Vereinigten Staaten ernsthaft den Abzug der Friedenstruppe in naher Zukunft in Betracht ziehen. Mittlerweile betonte die türkische Regierung, dass die Resolution keinen realistischen Beitrag zur Lösung des Zypernproblems leiste, und zudem nicht vereinbar sei mit früheren Berichten des UN-Generalsekretärs. Nichtsdestoweniger bestätigte Antonio Guterres in seinem Bericht, den er am 11. Januar dem UN-Sicherheitsrat vorlegte, erneut die Wichtigkeit der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern für den Frieden auf der Insel. Gleichzeitig hob er mehrere Problembereiche bis hin zur Implementierung vertrauensbildender Maßnahmen hervor.

Bei einem gesellschaftlichen Treffen im Haus des Regierungssprechers Baris Burcu in Nikosia trafen sich Akinci, Andros Kyprianou, der Generalsekretär der AKEL (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes) und Tomas Tsielepis, Mitglied des politischen Vorstands der AKEL.

Die stärkste griechisch-zypriotische Oppositionspartei AKEL stellte ihre Kandidaten für die Europawahl im Mai vor. Auf dem Stimmzettel

findet sich auch der türkisch-zypriotische Politikwissenschaftler Niyazi Kizilyurek. Er ist Professor für politische Geschichte in der Abteilung für Türkei Studien an der Universität von Zypern im Süden der Insel. Kizilyureks Kandidatur entfachte eine Diskussion im türkisch-zypriotischen Parlament. Während die oppositionelle UBP (Nationale Einheitspartei) und die Partei der Wiedergeburt (YBP) ihre starke Ablehnung ausdrückten, betonten CTP (Republikanisch Türkische Partei-Vereinigte Macht), HP (Volkspartei) und TDP (Soziale Demokratische Partei), ihr Standpunkt sei es, dass die türkischen Zyprioten nur von Leuten repräsentiert werden könnten, die sie auch gewählt hätten.

Das türkisch-zypriotische Außenministerium drückte seine Empörung über die „*Entscheidung der griechisch-zypriotischen Verwaltung*“ aus, die Einreise von Ausländern zu verhindern, die planten, in Nordzypern ihren Urlaub zu verbringen, jedoch über den Flughafen Larnaka im Süden einfliegen würden. Die Stellungnahme erfolgte, nachdem eine Gruppe von 30 israelischen Touristen, die ihren Urlaub im Norden verbringen wollten, am Flughafen Larnaka festgehalten, befragt und anschließend zurückgeschickt worden war. In der Mitteilung wurde berichtet, dass die griechisch-zypriotischen Behörden sich bereits in der Vergangenheit ähnlichen verhalten habe. So hätten sie die Einreise eines Russen, der im Norden Urlaub machen wollte, ebenso verhindert, wie die eines ägyptischen Professors, der an einer Universität im Norden einen Vortrag halten sollte und die einer Gruppe serbischer Kinder, die an den Feierlichkeiten zum Kindertag teilnehmen wollten. „*Es scheint, dass es sich bei dem*

unglücklichen Zwischenfall, den die Israelis erleben mussten, nicht um einen Einzelfall, sondern um die Fortführung einer Politik handelt. Wir möchten bei dieser Gelegenheit die griechisch-zypriotischen Behörden warnen, dass wir, sollte diese Praxis fortgesetzt werden, Gegenmaßnahmen ergreifen werden“, so die Stellungnahme.

Die türkisch-zypriotische Tageszeitung Havadis berichtete, dass es in den ersten 11 Monaten des Jahres 2018 zwischen beiden Teilen Zyperns 9.438.369 Überquerungen gegeben habe. Laut offizieller Zahlen seien 4.049.172 Menschen vom Süden in den Norden und 4.718.307 Personen vom Norden in den Süden gegangen.

Laut Gülden Plümer Küçük, dem türkisch-zypriotischen Mitglied des Komitees für die Vermissten auf Zypern (CMP), wurden in den vergangenen drei Jahren die sterblichen Überreste von 160 Vermissten im Norden und von 4 Vermissten im Süden der Insel gefunden. Im Jahr 2018 hätte das CMP 11 vermisste Personen identifiziert. Küçük informierte ausführlich über die Arbeit des Komitees. In den vergangenen 12 Jahren seien 246 von insgesamt 492 vermissten türkischen Zyprioten und 681 von 1510 vermissten griechischen Zyprioten gefunden worden.

40 Mitglieder der bi-kommunalen Lehrerplattform besuchten eine Grund- und eine weiterführende Schule im Norden. Die griechisch-zypriotische Sprecherin der Plattform, Maria Mourada, erklärte, die Anstrengungen der Lehrkräfte würden seit Jahren fortgeführt. *„Gemeinsam können Lehrkräfte in unserem*

Land Wunder vollbringen“, fügte sie hinzu. Der Generalsekretär der Gewerkschaft der Grundschullehrer (KTOS) in Nordzypern, Sener Elcil, betonte, dass Lehrern eine entscheidende Rolle im Kampf gegen Vorurteile, Hass und Feindschaft zukomme, während Selma Eylem, die Vorsitzende der Gewerkschaft der Sekundarschullehrer (KTOEOS), die Amtsträger dazu aufrief, Maßnahmen zur Wiedervereinigung der Insel zu ergreifen.

An die 400 griechischen Zyprioten feierten Epiphantias (Dreikönigsfest) in der St.-Georgs-Kirche in Famagusta. Weitere Feierlichkeiten fanden in Agia Trias (Sipahi) in Karpas statt.

Erhan Ercin, der seit 2015 den Posten des Sonderberaters für Diplomatie und EU-Angelegenheiten in Akincis Regierung bekleidete, legte sein Amt nieder, um sich zukünftig internationalen Projekten und der Forschung zu widmen.

2. Gasvorkommen

Am 9. Januar wurden die Erkundungsbohrungen von EXXONMOBIL und QATAR PETROLEUM im Delphin-Gebiet in Offshore-Block 10 beendet. Energieminister George Lakkotrypis gab bekannt, dass es bis zur Beendigung der Explorationsbohrungen im Glafkos-1-Gebiet – ebenfalls in Block 10 gelegen und zudem zweites Bohrfeld des Energie-Konsortiums – keine weiteren Ausschreibungen geben werde.

Am 31. Januar genehmigte das Kabinett einen Gesetzesentwurf, der ein zwischenstaatliches Abkommen mit Ägypten zum Bau einer Unterwassergaspipeline regelt. Diese wird durch die

exklusiven Wirtschaftszonen beider Länder führen.

Die Aktiengesellschaft für Erdgas (DEFA) verlängerte die Frist zur Abgabe von Angeboten bezüglich der ‚Infrastrukturen für den Gasimport zur Energieversorgung‘. DEFA verschob die Einreichungsfrist vom 19. Januar auf den 29. März.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, sank die Arbeitslosenrate auf Zypern im Dezember 2018 auf 8,8% (39.000 Arbeitssuchende), verglichen mit 8,9% im November 2018 (40.000 Arbeitssuchende) und 10,3% im Dezember 2017 (44.000 Arbeitssuchende).

Die Entwicklungsbank des Europarates (CEB) bewilligte Zypern am 25. Januar ein Darlehen in Höhe von 40 Millionen Euro zur Finanzierung zweier Trinkwasserversorgungsprojekte in Nikosia und im Gebiet um Famagusta.

Laut Daten der Zentralbank von Zypern verringerten sich die notleidenden Kredite (NLPs)²

² Als notleidende Kredite (NLPs) gelten Kredite, die mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug sind oder deren vollständige Rückzahlung als unwahrscheinlich gilt (ungeachtet jeglicher überfälligen Forderungen oder der Anzahl der Tage in Verzug). Ein notleidender Kredit gilt somit als Kredit in Verzug oder als

von 16,6 Milliarden Euro (Stand Ende Juni 2018) auf 11 Milliarden Euro. Dies ist der niedrigste Stand seit der Finanzkrise 2013. Seit Jahresbeginn waren die notleidenden Kredite (NLPs) um 10 Milliarden Euro gesunken.

Innenpolitische Entwicklungen

Zypern richtete den 5. Gipfel der EU-Südstaaten (EuroMed 7) aus. Das Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs von 7 Mittelmeeranrainern (Frankreich, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien, Zypern) beschäftigte sich mit den großen Herausforderungen, mit denen sich Europa im Moment konfrontiert sieht, u.a. Migrationskrise, Brexit, Energieversorgungssicherheit, nächster mehrjähriger Finanzrahmen, Entwicklungen im Eurowährungsgebiet, Klimawandel.

Die stärkste Oppositionspartei AKEL stellte die 6 Kandidaten auf ihrer Liste für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 vor, namentlich Giorgos Georgiou, Parlamentsabgeordneter aus Larnaca, der Arzt Athos Georgiou, Niyazi Kızılyürek, türkisch-zypriotischer Wissenschaftler, Giorgos Koukoumas, Mitglied des Europaparlaments, Marina Nicolaou, politische Beraterin der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne (GUE/NGL) und Neoklis Sylikiotis, amtierendes Mitglied des Europaparlaments.

zahlungsunfähig, sobald die Überfälligkeit von 90 Tagen erreicht wurde.

Die Bewegung der Sozialdemokraten, EDEK, präsentierte ebenfalls ihre Kandidaten, darunter Diomedes Diomedous, Mitglied des Zentralkomitees der EDEK, Christos Iacovou, Direktor des Forschungszentrums Zypern, Natasa Ioannou, Journalistin, Elias Myriantous, Parlamentsabgeordneter der EDEK, Thea Nicolaou, Unternehmerin und Demetris Papadakis, Mitglied des Europaparlaments.

Savvas Perdios, der erste Tourismusminister Zyperns wurde am 2. Januar vereidigt.

Die Europäische Kommission warnte am 23. Januar vor Programmen einiger EU-Mitgliedsstaaten, einschließlich Zyperns, Pässe und Visa an wohlhabende Ausländer zu verkaufen. Dies könnten das Einschleusen von Banden organisierter Kriminalität in die EU unterstützen und demzufolge auch das Risiko von Geldwäsche, Korruption und Steuerhinterziehung erhöhen. Die Kommission hob Versäumnisse in den Programmen Zyperns und Maltas hervor. Dort werde der Ursprung des Reichtums von Einzelpersonen unzureichend überprüft und eine leichte Identifizierung dieser Personen nicht ermöglicht.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Am 8. Januar trafen sich die Gewerkschaftsvorstände der Hotelangestellten von PEO (an AKEL angeschlossene Gewerkschaft) und SEK (an mitte-rechts des politischen Spektrums orientierte Gewerkschaft) in einer gemeinsamen Versammlung und diskutierten mögliche gemeinsame Forderungen zur Erneuerung des

Tarifvertrags für die Hotelangestellten. Die Vereinbarung lief am 31. Dezember aus. Die Forderungen nach Erneuerung des Tarifvertrags umfassen unter anderem die Wiederherstellung aller Rechte, die den Hotelangestellten im Jahr 2013 durch den damaligen Sondertarifvertrag gewährt wurden, die Gewährung von Gehaltserhöhungen für alle Hotelangestellten und die Einführung von: Gehaltsskalen, Wohlfahrtsfonds und eines 13. Gehaltes in den Arbeitsverwaltungsvorschriften für Hotelangestellte.

Am 15. Januar fand ein gemeinsames Treffen zwischen PEO und der türkisch-zypriotischen Lehrervereinigung (KTOEOS) im Rahmen der Kommunikations und gemeinsamen Aktionsplattform der beiden Organisationen statt. Die beiden Organisationen hoben hervor, dass die Angestellten beider Gemeinschaften mit der Folgen der Krise des kapitalistischen Systems und den Angriffen auf die Arbeitnehmerrechte konfrontiert sind und dass sie die Solidaritätsaktionen zwischen den beiden Gemeinschaften intensivieren müssen, die sich auf gemeinsame Probleme konzentrieren.

Am 20. Januar endete der, auf unbestimmte Zeit angesetzte, Streik der Angestellten der Paphos-Transportorganisation (OSYPA). Das Verkehrsministerium vereinbarte die Zahlung des Gehalts vom Dezember und stellte sicher, dass die Arbeitnehmer bis zum 10. Februar bezahlt werden, wenn die von der OSYPA erteilte Zusicherung abläuft. Die Vereinbarung wurde durch ein Verhandlungsmeeting am 19. Januar im Verkehrsministerium erzielt. Am 10. Januar organisierten zwei Schulen in Paphos mit Unterstützung der Paphos-Vereinigung des Elternver-

bandes der High-Schools einen zweistündigen Protest und am 16. Januar blieben Schüler aus 3 High-Schools vom Unterricht fern. Diese Schulen sind am meisten vom OSYPA-Streik betroffen. Obwohl die Elternvereinigungen das Streikrecht und die Forderungen der OSYPA-Beschäftigten befürworteten, wie sie in ihren jeweiligen Ankündigungen dargelegt hatten, machten sie auch deutlich, wie Streiks zu Fehlfunktionen in Schulen führten, da in einigen Fällen mehr als 50% der Schüler nicht am Unterricht teilnehmen konnten.

Am 22. Januar kündigten die Gewerkschaftsvorstände der Bauarbeiter, PEO, SEK und DEOK, (an EDEK angeschlossene Gewerkschaft) auf Beschluss der Generalversammlungen der Bauarbeiter an, einen inselweiten 24-stündigen Warnstreik zur Unterstützung ihrer Forderungen durchzuführen. Der Streik findet am 13. Februar statt. An diesem Tag finden Versammlungen in den Bezirksgebäuden der jeweiligen Gewerkschaften statt.

Am 30. Januar schickten die Gewerkschaften der Hafentarbeiter, PEO und SEK, einen Brief zur Wiederaufnahme des Dialogs, um den Streit der Angestellten im Hafen von Limassol und den entsprechenden Verstößen gegen ihren Tarifvertrag beizulegen. Am 15. Januar wurden die Rücknahme der Entscheidung, den Fall an ein Schiedsgericht zu verweisen, sowie die Rücknahme der geplanten Streikmaßnahmen der Gewerkschaften vereinbart, um den Dialog unverzüglich wieder aufzunehmen. Das Schreiben wurde an den Verband der zypriotischen Reeder und die Unternehmen Eurogate Container Terminal Limassol und DP WORLD

LIMASSOL gerichtet. Es wurde auch mit dem Minister für Arbeit, Wohlfahrt und Sozialversicherung, dem Minister für Verkehr, Kommunikation und Bau sowie dem Vorsitzenden des Rates für Hafentarbeit geteilt.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut der Staatlichen Planungsorganisation sank die Inflationsrate im Dezember 2018 um 1,49%. Die 12-Monatsinflationsrate lag bei 29,96%. Die Inflation der Preise für Lebensmittel und nicht-alkoholische Getränke übertraf jedoch die Gesamtinflationsrate und erreichte 40,4%.

Der Risikomanagementeinheit der Zentralbank zufolge stiegen die notleidenden Kreditkartenschulden zwischen Dezember 2017 und November 2018 um 76,5%.

Den Daten des Statistikinstituts der Türkei (TUIK) zufolge lag das jährliche Handelsvolumen zwischen der TRNZ und der Türkei Ende November 2018 bei 1,2 Milliarden US-Dollar im Vergleich zu 1,05 Milliarden US-Dollar im November 2017. Die türkisch-zyprischen Exporte stiegen von 62,8 Millionen US-Dollar auf 65,1 Millionen US-Dollar, die Importe von 986,8 Millionen US-Dollar auf 1,14 Milliarden US-Dollar.

Beziehungen mit der Türkei

Wirtschafts- und Energieminister Özdil Nami betonte, dass die Regierung eine Energievernetzung mit der Türkei priorisiere und sich auf Solarenergie fokussiere. Nami erklärte, dass man der Türkei gegenüber den starken Wunsch nach Energieversorgung mittels eines Stromleitungssystems zum Ausdruck gebracht habe und die Initiative nun bei der Türkei liege. Nami sagte an anderer Stelle, dass bis zum Jahresende bereits bis zu 17% des Energiebedarfs des Landes durch Solarenergie gedeckt werden könne. Zudem wären Experten der Weltbank auf der Insel, die mögliche EU-Fördermittel für die nötige Infrastruktur diskutierten, um den Anteil der Solarenergie an der Energieversorgung auf 30-35% zu erhöhen.

Tolga Atakan, Minister für öffentlichen Bau und Kommunikation (TRNZ), und der türkische Innenminister Suleyman Soylu (Türkei) unterzeichneten in Ankara ein Protokoll zur gegenseitigen Anerkennung der Führerscheine.

Innenpolitische Entwicklungen

Eine Untersuchung bezüglich der Korruptionsvorwürfe gegen den früheren Premierminister und Vorsitzenden der Nationalen Einheitspartei (UBP), Hüseyin Özgürgün, ist abgeschlossen. Der Politiker steht nun vor der Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität, damit die Strafverfolgung eingeleitet werden kann. Der Generalstaatsanwalt hat bereits Klage gegen Özgürgün wegen angeblich falscher Angaben eingereicht. Zwei Dossiers mit Informationen wurden jetzt der Polizei übergeben. Vor dem

Hintergrund der neuen Erkenntnisse wird ein baldiger Parlamentsbeschluss zur Aufhebung der Immunität Özgürgüns erwartet. Ihm droht somit möglicherweise ein Gerichtsverfahren wie jeder anderen Person.

Die Volkspartei (HP), Koalitionspartner der Regierung, hielt ihre ersten Parteikongress ab. Der stellvertretende Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten, Kudret Özersay, wurde ohne Gegenkandidaten als Parteivorsitzender wiedergewählt. Adressiert an den Kongress sagte Özersay: *„Wir mögen nicht in allem mit der Türkei übereinstimmen, aber wir werden Äußerungen gegen die Türkei genauso wenig unterstützen, wie Ansichten und Strategien, die darauf abzielen, Menschen mit unterschiedlichen Auffassungen zu marginalisieren“*. Und weiter: *„Als Volkspartei (HP) haben wir kein Problem mit einer föderalen Partnerschaft. Wir haben aber auch festgestellt, dass die Zeit gekommen ist, andere Lösungsmodelle zu diskutieren. Das bedeutet nicht, dass eine Föderation eine schlechte Sache ist, doch es ist offensichtlich, dass die griechischen Zyprioten mit uns weder Macht noch Wohlstand teilen möchten. Da kein Vertrauen hinsichtlich einer föderalen Partnerschaft existiert, könnten wir eine Partnerschaft auf kooperativer Basis bilden. Der Strom, den wir über die türkisch-zypriotische Handelskammer im Jahr 2011 in den Süden verkauft haben, ist ein gutes Beispiel dafür, was möglich ist.“*

Ersin Tatar, der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei UBP (Nationale Einheitspartei), erklärte, dass es an der Zeit für das Parlament der TRNZ sei, eine neue Resolution zum Zy-

pernproblem zu verabschieden. Der Parteiführer appellierte an Präsident Mustafa Akinci, damit aufzuhören, den Ton anzugeben. Er solle das Parlament darüber in Kenntnis setzen, was geschehen sei. Tatar argumentierte, dass Akinci, der die Position und Sichtweise des griechisch-zypriotischen Volksgruppenführers Nicos Anastasiades sehr wohl kenne, die Vereinten Nationen darüber informieren müsse, dass alternative Optionen wie eine Zwei-Staaten-Lösung oder eine Konföderation ebenfalls auf den Tisch gebracht werden sollten.

Auf einer Pressekonferenz wurden im Beisein von Premierminister Tufan Erhurman der Öffentlichkeit zwei Berichte des Dachverbands der türkisch-zypriotischen Ingenieure und Architekten zur Überschwemmungskatastrophe im letzten Monat vorgestellt. Die Gutachten hätten ergeben, dass bei der Neuasphaltierung der Autobahn von Nikosia nach Kyrenia in der kurvenreichen Strecke bei Ciclos ein technischer Fehler gemacht worden sei. Vier junge Leute waren durch das Hochwasser in eine Schlucht geschwämmt und in den Tod gerissen worden. Die Durchlässe und Entwässerungssysteme zum Hochwasserschutz auf der Hauptstraße, die Kyrenia mit Lapta/Lapithos verbindet, seien zudem nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Tolga Atakan, Minister für öffentlichen Bau und Kommunikation, erklärte hierzu, dass das Segment der Straße von Nikosia nach Kyrenia von einer türkischen Firma gebaut und vom türkischen Straßenbauamt finanziert worden sei. Die Straßenarbeiten hätten kurz nach seinem Amtsantritt begonnen. *„Wir haben Kontakt mit dem für das Bauvorhaben zuständigen Ingeni-*

eur aufgenommen, eine Untersuchung ist bereits angelaufen,“ fügte Atakan hinzu.

Wehrdienstverweigerer Halil Karapasaoglu gewann seinen Berufungsprozess bezüglich einer Haftstrafe von 20 Tagen. Er hatte sich geweigert, 2.000 TL Strafe zu zahlen, weil er das jährliche eintägige militärische Auffrischungstraining versäumt hatte. Nachdem das Urteil auf drei Tage Haft reduziert worden war, wurde er aus dem Gefängnis entlassen. Das Militärgericht reduzierte die verhängte Strafe Anfang Januar. Derzeit wird ein Gesetzesentwurf zur Novellierung des Militärrechts im Parlament diskutiert, der eine Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen einschließt.

Laut eines Berichts der türkisch-zypriotischen Wochenzeitung ‚Cyprus Today‘ wurden 21 syrische Flüchtlinge – einige kurz vor dem Erstickungstod - versteckt in zwei LKW-Anhängern im Hafen von Famagusta entdeckt. Nachdem sie drei Stunden lang versorgt worden waren, wurden die Flüchtlinge am gleichen Nachmittag auf demselben Frachter, auf dem sie nach Zypern gekommen waren, in den südtürkischen Hafen Mersin zurückgebracht.

‚Cyprus Today‘ berichtete von einer aktuellen Studie, die zwischen Oktober und Dezember vom Zentrum für Migration, Identität und Rechtsstudien (CMIRS) durchgeführt worden war. Laut dieser sind die Menschen in der TRNZ „unglücklich“, „wütend“ und „pessimistisch“. Des Weiteren hätten viele der Befragten angegeben, ihr Vertrauen in die Regierung, das Parlament und die politischen Parteien verloren zu haben. Der Anteil der Nichtwähler stieg von

29,2% im vergangenen September auf 41,5% - die höchste Quote aller Umfragen der vergangenen drei Jahre. Laut der Studie ist Präsident Akinci noch immer der Politiker, dem die türkischen Zyprioten am meisten vertrauen.

Außenpolitik

Der stellvertretende Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten, Kudret Özersay, reiste zu Gesprächen mit Vertretern der Vereinten Nationen nach New York. Der Besuch fand parallel zu den intensiven Beratungen bezüglich der Mandatsverlängerung der UN-Friedenstruppe in Zypern (UNFICYP) statt. In einem Interview mit dem nationalen Rundfunk- und Fernsehsender Nordzyperns BRT beschrieb Özersay das Fazit seiner Unterredungen wie folgt: „Das Mandat und der Grund für die Anwesenheit der UN-Friedenstruppe, die 1964 nach Zypern entsandt wurde, sollte aufgrund der ständigen Veränderungen der Bedingungen überprüft werden“. Bei einem Besuch in Washington DC traf sich Özersay mit vielen hochrangigen Beamten der US-Regierung und des Kongresses.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Der neue Brutto-Mindestlohn wurde auf 3.150 TL festgesetzt. Ab dem 1. Februar 2019 wird der niedrigste Netto-Lohn bei 2.740 TL (460 Euro) liegen. Nach der Sitzung des Ausschusses zur Mindestlohnfestsetzung, der sich aus je fünf Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände und der Regierung zusammensetzt, erklärte der Minister für Arbeit und sozi-

ale Sicherheit, Zeki Celer: „Das ist der Punkt, den wir jetzt, wenn wir an unsere Grenzen gehen, erreichen können“. Der vorherige Brutto-Mindestlohn vom August 2018 war auf 2.279 TL festgesetzt worden. Dies entsprach damals 307 Euro.

Laut der Erwerbstätigenstatistik des Arbeitsministeriums war 2018 das schlechteste Jahr in punkto Arbeitssicherheit (seit dem Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2009). Zehn Menschen starben bei Arbeitsunfällen, sieben davon auf Baustellen, die sicherheitstechnisch gesehen die unsichersten Arbeitsplätze im Land darstellen.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Februar 2019

Dienstag, 26. Februar 2019, 18 Uhr

FES
Workshop

Expert Workshop on Corruption Perception in the north

Merit Hotel, Bedrettin Demirel Cad.,
Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



Maerz 2019

--- keine Veranstaltungen ---



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Enis Porat, Despina Michaelidou
und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi, Gaby Hamann

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren möchten, füllen Sie bitte das Formular auf unserer Webseite aus:

www.fescyprus.org/de/newsletter/

Wenn Sie diesen monatlichen Newsletter abbestellen möchten, klicken Sie bitte auf den Link in Ihrer FES Newslettermail.